



Wohlstand der Nation

Die Befürworter des Rahmenabkommens mit der EU erhoffen sich wirtschaftliche Vorteile für die Schweiz. So war es auch bei früheren Versuchen, den Franken an den Euro anzubinden. Beides würde das Ende der Schweizer Erfolgsgeschichte bedeuten. *Von Kurt Schiltknecht*

Die Anpassungsfähigkeit ist einer der wichtigen Gründe, weshalb die Schweiz der Globalisierung standhalten konnte.

Einige Länder sind sehr vermögend, andere leben noch immer in Armut. Zu den beliebten Erklärungen dafür gehören die Ausstattung eines Landes mit Rohstoffen oder seine geografische Lage. Vor allem linke und religiöse Kreise bringen den Wohlstand der reichen Industrieländer in einen Zusammenhang mit Kolonialismus, Ausbeutung und den Fluchtgeldern aus den Entwicklungsländern. Diese Thesen finden heute, wo das Moralisieren vor dem Analysieren kommt, noch immer breiten Anklang.

Bei einer vertieften Analyse geben diese Theorien jedoch keine konsistente Erklärung ab. Nur einige wenige Öl produzierende Staaten haben das Niveau der reicheren Industrieländer erreicht. In Libyen, Nigeria oder Venezuela ist dagegen die Armut nach wie vor riesig, und auch in zahlreichen anderen rohstoffreichen Ländern lässt der Wohlstand weiterhin auf sich warten. Dafür haben es rohstoffarme Länder wie Singapur, Liechtenstein oder die Schweiz an die Spitze der wohlhabendsten Länder geschafft. Der Erfolg dieser kleinen Länder zeigt auch, dass der Machtfaktor oder der Kolonialismus zur Erklärung eines grossen Wohlstandes falsch sind oder zumindest als Begründung nicht ausreichen. Andere Faktoren sind wichtiger.

Aussicht auf Belohnung

Ob in einem Land viel oder wenig produziert wird, hängt nicht zuletzt von der Qualität des Humankapitals ab, also von der Bereitschaft der Leute zu arbeiten, von ihrem Ausbildungsstand, ihrer Kreativität und Innovationsfreu-

digkeit. Es sind die einzelnen Menschen, die den Wohlstand eines Landes schaffen und vorantreiben. Deren Verhalten wird sowohl im Positiven als auch im Negativen von vielen Faktoren bestimmt.

Eine wichtige Rolle spielen die Erziehung und die Ausbildung, die gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Vorstellungen, aber auch die wirtschaftlichen Erfahrungen. Damit die positiven Faktoren zum Tragen kommen, braucht es ein institutionelles Umfeld, in dem die Leute Anreize haben, in ihre Aus- und Weiterbildung zu investieren, grosse Leistungen zu erbringen und kreativ zu sein. Genauso wichtig sind die Anreize zum Sparen oder Investieren. Ohne die kontinuierliche Bildung produktiven Kapitals gibt es kein nachhaltiges Wachstum. Zudem müssen die Leute eine Chance sehen, die aus ihren Anstrengungen und Leistungen kommenden Erträge zu einem grossen Teil für sich behalten zu können. Andernfalls lässt die Leistungsbereitschaft zu wünschen übrig. Welche Bedeutung das institutionelle Umfeld für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes hat, zeigt das enorme Wirtschaftswachstum in China nach dem Systemwechsel vor etwas mehr als zwanzig Jahren. Ausgangspunkt für diesen Erfolg war eine Analyse der institutionellen Rahmenbedingungen in den erfolgreichen Industrieländern. Bereits viel früher hatte die Regierung von Singapur nicht zuletzt auch in der Schweiz nach dem Rezept für wirtschaftlichen Erfolg gesucht.

Gäbe es keine institutionelle Ordnung, könnte jeder tun, was ihm gefällt. Eine Zusammenarbeit würde auf Freiwilligkeit beruhen.

Viele der Verhaltensnormen, die sich in einem nicht geregelten System herausbilden, basieren auf der Rücksichtnahme gegenüber den Mitmenschen oder auf dem Versuch, das Zusammenleben angenehm und effizient zu gestalten. Eine weitgehend freiheitlich organisierte Gesellschaft funktioniert nur dann, wenn sich die Einzelnen freiwillig an bestimmte von der Gesellschaft als richtig anerkannte Normen halten. Diese Erkenntnis gerät vor allem auch bei den Exponenten unserer Wirtschaft immer mehr in Vergessenheit. Die Folge davon ist eine Überregulierung unserer Gesellschaft.

Mit Toleranz und Rücksichtnahme allein lassen sich nicht alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme lösen. Was passiert, wenn sich die Leute nicht darüber einigen können, wem das schönste Grundstück am See gehören soll? Oder wer entscheidet, auf welcher Strassenseite man mit dem Auto fährt? Bereits diese beiden Fragen lassen erkennen, dass eine institutionelle Ordnung einer Gemeinschaft grosse Vorteile bringt. Deren Gestaltung ist ein langwieriger, nie endender politischer Prozess und erfordert von allen Seiten Kompromisse.

Im Gegensatz zu einem freiheitlich und kapitalistisch organisierten Staat, der für den Einzelnen ein möglichst gutes Umfeld zur Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten und zur Erfüllung seiner Wünsche schaffen will, gibt es Strömungen, die in der Schaffung eines institutionellen Umfeldes in erster Linie ein Mittel zur Erreichung übergeordneter ideologischer oder religiöser Ziele sehen. In



einen grossen Vorteil. Diesen möchten die Linken und Grünen mit dem Ausruf eines Klimanotstandes abschaffen.

Die Auswirkungen von staatlichen Massnahmen auf Gesellschaft und Wirtschaft lassen sich nur selten zuverlässig abschätzen. Dennoch neigen die meisten Politiker dazu, staatlichen Eingriffen den Vorzug zu geben. Weil zudem der politische Aktivismus in unserer medialen Welt honoriert wird, hat die daraus resultierende Flut von Regulierungen und Gesetzen zu einer fortschreitenden Bevormundung der Bürger und Unternehmen geführt. Solche Einschränkungen erschweren die Wahlfreiheit und eine rasche Anpassung an die sich schnell ändernden Gegebenheiten. Doch neue Technologien, die Öffnung der Märkte oder die Notwendigkeit von Innovation zwingen die Unternehmen und Arbeitskräfte, sich diesen Herausforderungen rasch zu stellen. Die Anpassungsfähigkeit ist einer der wichtigen Gründe, weshalb die Schweiz der Globalisierung standhalten und den Wohlstand mehren konnte. Allerdings ist die Anpassungsfähigkeit nicht gottgegeben, sondern das Ergebnis der guten institutionellen Rahmenbedingungen.

Wer erkennt, dass dies der Schlüssel für den Wirtschaftserfolg der Schweiz ist, kann nicht verstehen, weshalb der Bundesrat und ein Teil der Wirtschaft grössere Teile davon für ein Rahmenabkommen mit der EU schleichend preiszugeben bereit sind. Das Rahmenabkommen bringt Vorteile, doch diese werden im Vergleich zu den Nachteilen, die sich für die Schweiz aus den damit verbundenen passiven Anpassungen an weitere EU-Rahmenbedingungen ergeben, überbewertet.

Vorteile überschätzt

Die Probleme liegen ähnlich wie bei den Diskussionen über einen Anschluss der Schweiz an das Europäische Währungssystem. Auch damals wurden die Vorteile für die schweizerische Wirtschaft, nämlich die Ausschaltung der Wechselkursschwankungen beim Handel mit den Euro-Ländern, gegenüber den Nachteilen, die sich aus der Preisgabe einer eigenständigen Geldpolitik ergeben, überschätzt. Heute wissen wir, dass sich die Schweiz trotz Wechselkursschwankungen und Aufwertungen dank der guten Rahmenbedingungen zu einer der erfolgreichsten Exportnationen entwickelt hat. Die Geschichte lehrt, dass der sicherste Weg zu mehr Wohlstand in der Weiterentwicklung und Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen liegt. Hingegen ist es ein Irrtum, zu glauben, dass eine stärkere Angleichung der Rahmenbedingungen an diejenigen der EU bessere Voraussetzungen für den Wohlstand der Schweiz schafft.

Staatsverträge oder die Harmonisierung von Regulierungen auf internationaler Ebene

bringen einen Verlust politischer Autonomie mit sich. Die Möglichkeiten der untergeordneten Körperschaften, auf Probleme in ihren Gebieten mit spezifischen Massnahmen zu reagieren, werden begrenzt. Dieses Nachteils muss man sich bei einem Vertragsabschluss oder einer Harmonisierung von Regulierungen bewusst sein. Bei einem gutausgehandelten Freihandelsabkommen dürften sich die Nachteile in Grenzen halten. Wenn aber ein Abkommen, so wie dies beim Rahmenabkommen der Fall ist, noch andere zentrale Bereiche der Wirtschaftspolitik wie Arbeitsmarktregulierungen oder die Sozialversicherungen miteinschliesst, werden die Vorteile des freien Handels zunichtegemacht.

Eine Harmonisierung von Gesetzen und Regulierungen benachteiligt vielfach die standortschwachen Regionen. Diesen wird die Möglichkeit entzogen, ihre lokalen institutionellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie mit den besten Regionen wettbewerbsfähig bleiben. Von einer Harmonisierung und Zentralisierung der Wirtschaftspolitik profitieren dagegen die Regionen mit den natürlichen Standortvorteilen. Dies sind häufig die Ballungsgebiete. Wenn die Harmonisierung Hand in Hand mit dem freien Personenverkehr geht, löst dies grosse Wanderungen von Arbeitskräften in die Ballungsgebiete aus. Es ist kein Zufall, dass in den zentralistisch organisierten Staaten oder in der EU die wirtschaftsschwachen Gebiete sich entleeren und die Ballungsgebiete über Wohnungsmangel, explodierende Mieten und Infrastrukturprobleme klagen. Dieser einem ausgeglichenen regionalen Wachstum zuwiderlaufenden Entwicklung kann nur Einhalt geboten werden, wenn die Harmonisierung gebremst und den Ländern, den Regionen, den Städten und Gemeinden wieder vermehrt die Möglichkeit gegeben wird, ihre Rahmenbedingungen selbst zu bestimmen.

Bisher hat die Schweiz im politischen Wettbewerb um die besten institutionellen Rahmenbedingungen dank ihrer föderalistischen Struktur und Demokratie hervorragend abgeschnitten. Entsprechend gross war ihr wirtschaftlicher Erfolg. Weil der geplante Rahmenvertrag wichtige Fragen in Bezug auf die weitere Übernahme von EU-Regulierungen ungeklärt lässt, stellt er die Erfolgsgeschichte in Frage.

Kurt Schiltknecht ist ehemaliger Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank.

solchen Systemen müssen die Einzelnen ihre persönlichen Interessen und Wünsche der Ideologie oder den Ideen einzelner Politiker oder kirchlicher Exponenten unterordnen. Weil dadurch die Entfaltungs- und Wahlmöglichkeiten begrenzt sind, erstaunt es nicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern hinter derjenigen einer freiheitlich organisierten Gesellschaft zurückbleibt.

Klimanotstand

Wohlstand setzt gute politische Strukturen und Institutionen voraus. Das haben auch die Goldgräber in Alaska erkannt. Statt sich bei der Goldsuche gegenseitig umzubringen, haben sie mit dem Abstecken von Claims Eigentumsrechte und damit klare Verhältnisse für die Goldsuche geschaffen. Ein Staat muss aber auch in der Lage und willens sein, die in der institutionellen Ordnung festgelegten Rechte umzusetzen. Für den wirtschaftlichen Erfolg ist auch die Nachhaltigkeit der Rechtsordnung von Bedeutung. Zwar sprechen heute alle von Nachhaltigkeit, doch gerade diejenigen, die davon am meisten reden, wollen die bestehenden Gesetze, Regulierungen und Steuern laufend ändern.

Die Erfahrung zeigt: Zu schnelle Änderungen der Rechtsordnung oder der Wirtschaftspolitik sind ein schlechter Boden für eine erfolgreiche Wirtschaft. Diese kann nur planen, wenn sie die Rahmenbedingungen und die Wirtschaftspolitik einigermaßen zuverlässig prognostizieren kann. Dank der direkten Demokratie hat die Schweiz gegenüber den meisten anderen Ländern auf diesem Gebiet